

Weißgerber & Klingsporn Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Weißgerber & Klingsporn Rechtsanwaltsgesellschaft mbH - Wagnmüllerstraße 23, 80538 München

An:
Landgericht Tübingen
Doblerstr. 14
72074 Tübingen
Deutschland
Per beA

Gottfried Weißgerber
Weißgerber & Klingsporn Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Köthener Straße 2 – 3, 10963 Berlin
Wagnmüllerstraße 23, 80538 München
gweissgerber@klingsporn-rae.com
T +49 30 863 21 88 -0 | F +49 30 863 21 88 -21

Berlin, 23. Februar 2026
Unser Zeichen: 0162-2023

EILT! BITTE SOFORT VORLEGEN

Aktenzeichen: 7 O 118/23
Hartmann als IV ./I. Vogt

SCHRIFTSATZ ZUM VORSCHUSSANTRAG DER ZEUGIN BERGER

In dem Rechtsstreit Hartmann als Insolvenzverwalter ./I. Vogt nehmen wir namens und in Vollmacht des Klägers wie folgt Stellung zum Antrag der Zeugin Sophia Berger auf Gewährung eines Vorschusses auf ihre Zeugenentschädigung gemäß § 3 JVEG i.V.m. § 1 Abs. 1 Nr. 3 JVEG:

Wir beantragen,

der Zeugin Sophia Berger gemäß § 3 JVEG einen angemessenen Vorschuss auf die ihr zustehenden Fahrtkosten (§ 5 JVEG) sowie die notwendigen Übernachtungskosten (§ 6 JVEG) zu gewähren, hilfsweise über den Vorschussantrag der Zeugin Berger unter Berücksichtigung der nachstehend dargelegten Gesichtspunkte erneut zu entscheiden.

I. Sachverhalt und Verfahrensstand

Die Zeugin Sophia Berger, wohnhaft in Spanien, ist für den am 19. Februar 2026 anberaumten Verhandlungstermin des Landgerichts Tübingen vor der 7. Zivilkammer (Az. 7 O 118/23) ordnungsgemäß geladen worden. Der Termin vom 19. Februar 2026 wurde – wie im Termin mündlich angekündigt – auf den 24. März 2026 vertagt, da die Zeugin am Vortag mitgeteilt hatte, dass sie wegen des nicht gewährten Vorschusses die Reise nicht rechtzeitig organisieren konnte, aber weiter willig ist, anzureisen und auszusagen, wie es ihre gesetzliche Pflicht ist.

Die Zeugin hat ihre Kosten im Einzelnen überzeugend berechnet, dargelegt und versichert: Die einfache Anreise aus Spanien beträgt 1.250 km, woraus Fahrtkosten in Höhe von je 0,35 Euro/km für Hin- und Rückreise (Gesamtstrecke 2.500 km) resultieren, also Fahrtkosten in Höhe von insgesamt

875,00 Euro (2.500 km x 0,35 Euro). Aufgrund der Entfernung und der Fahrzeit von ca. 13 Stunden je Strecke sind zwei Übernachtungen in Tübingen erforderlich (An- und Abreise), deren Kosten sie mit ca. 200,00 Euro ansetzt, was auch vernünftig und nachvollziehbar ist. Das Landgericht Tübingen hat in seinem Schreiben vom 27. Januar 2026 die Erstattungsfähigkeit von Fahrtkosten in Höhe von 0,35 Euro/km sowie der Übernachtungskosten bis zu einer Obergrenze von 80,00 Euro pro Nacht ausdrücklich bestätigt. Den beantragten Vorschuss hat das Gericht unter Hinweis auf fehlende Bedürftigkeit der Zeugin abgelehnt.

Diese Ablehnung der diesbezüglichen Vorschusszahlung ist rechtswidrig und verstößt gegen den Wortlaut von § 3 JVEG, wonach es auf die Bedürftigkeit gerade nicht ankommt bei einem Vorschuss für Fahrtkosten und Übernachtung und im konkreten Fall etwaiges Ermessen auf null reduziert ist. Das Gericht wird ersucht, seine rechtsfehlerhafte Entscheidung, den Vorschuss insoweit nicht zu gewähren, sofort zu korrigieren.

In beiden Schreiben – im ersten Schreiben vom 17. Januar 2026 (Eingang beim Landgericht Tübingen am 21. Januar 2026) wie auch im zweiten Schreiben per Telefax vom 18. Februar 2026, das dem Gericht am 19. Februar 2026 vorlag – hat die Zeugin jeweils ausdrücklich und unmissverständlich geltend gemacht und damit beantragt, ihr den Vorschuss (im Sinne und gemäß § 3 JVEG zu gewähren). In beiden Schreiben betont die Zeugin gleichermaßen ihre grundsätzliche Bereitschaft, ihrer Zeugenpflicht nachzukommen, und schildert nachvollziehbar und detailliert, warum ihr eine Anreise ohne vorherige Kostendeckung nicht zumutbar und praktisch nicht möglich ist. Der Kläger unterstützt den Vorschussantrag der Zeugin ausdrücklich und vollumfänglich. Die in beiden Schreiben dargelegte Begründung der Zeugin ist in sich schlüssig, nachvollziehbar und durch die Aktenlage gedeckt.

Es bestehen keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass die Zeugin Berger die Unwahrheit sagt oder nicht willens ist, zu erscheinen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Zeugin hat sich in beiden Schreiben konstruktiv verhalten, ihre Bereitschaft zur Aussage ausdrücklich bekundet und dem Gericht eine realistische Alternative (Videovernehmung, schriftliche Aussage) angeboten. Sie zeigt sich kooperativ und bemüht, ihrer gesetzlichen Zeugenpflicht nachzukommen. Zugleich ergibt sich aus ihren Darlegungen überzeugend, dass sie auf den Vorschuss tatsächlich angewiesen ist – und zwar nicht im Sinne eines Bedürftigkeitsnachweises nach § 114 ZPO, sondern im Sinne des § 3 JVEG, der gerade die objektiv erhebliche finanzielle Vorleistung als Maßstab anlegt und die Zeugin schützt, indem er sie davor bewahrt, für die Erfüllung ihrer staatlichen Pflicht in Vorleistung treten zu müssen.

II. Rechtliche Würdigung: Die Voraussetzungen des § 3 JVEG für eine Vorschussgewährung sind erfüllt

1. Gebundene Entscheidung: „Ist zu bewilligen“ – kein Ermessen des Gerichts

§ 3 JVEG lautet: „Auf Antrag ist ein angemessener Vorschuss zu bewilligen, wenn dem Berechtigten erhebliche Fahrtkosten oder sonstige Aufwendungen entstanden sind oder voraussichtlich entstehen werden oder wenn die zu erwartende Vergütung für bereits erbrachte Teilleistungen einen Betrag von 1.000 Euro übersteigt.“ Die Formulierung „ist zu bewilligen“ normiert eine gebundene Entscheidung ohne Ermessen. Das Gericht kann bei Vorliegen der Tatbestandsvoraussetzungen die Gewährung des Vorschusses nicht versagen. Namentlich setzt § 3 JVEG als Anspruchsvoraussetzung ausdrücklich lediglich dreierlei voraus: (1) einen Antrag des Berechtigten, (2) voraussichtlich entstehende oder bereits entstandene Fahrtkosten oder sonstige Aufwendungen sowie (3) die Erheblichkeit dieser Kosten. Eine Bedürftigkeit der Zeugin ist im Wortlaut des § 3 JVEG nicht vorgesehen und stellt keine

gesetzliche Voraussetzung der Vorschussgewährung dar. Das Gericht und die Kostenbeamten in der Anweisungsstelle sind rechtsfehlerhaft davon ausgegangen, dass es bei § 3 JVEG auch auf die Bedürftigkeit ankommt.

2. Die Fahrtkosten sind in evidenter Weise „erheblich“ im Sinne des § 3 JVEG

Die hier geltend gemachten Fahrtkosten in Höhe von 875,00 Euro sind in evidenter Weise erheblich im Sinne des § 3 JVEG. Zum Begriff der „Erheblichkeit“ ist auf die maßgebliche Kommentarliteratur zu verweisen:

„Berechtigte können einen Vorschuss für die Fahrtkosten (§ 5) erhalten, wenn Fahrtkosten entstanden sind oder voraussichtlich entstehen werden. Voraussetzung ist allerdings, dass diese Kosten erheblich sind. Erheblich ist ein Betrag schon dann, wenn er bei durchschnittlichen Vermögensverhältnissen nicht mehr unerheblich, nicht mehr geringfügig ist. (...) Es kommen (...) Kriterien in Betracht wie bspw. die Entfernung der Reise zwischen Aufenthalts- und Terminsort und die Dauer der Abwesenheit von Zuhause. Auf keinen Fall darf der Antragsteller gezwungen werden, Fremdmittel zur Finanzierung der Reise in Anspruch zu nehmen.“ (BeckOK KostR/Bleutge, 51. Ed. 1.12.2025, JVEG § 3 Rn. 1)

„Erheblich müssen sowohl die Fahrtkosten als auch die sonstigen Aufwendungen sein. Das Merkmal enthält zunächst eine objektive Komponente, sodass Kosten ab 250 Euro regelmäßig erheblich sind.“ (Dörndorfer/Schmidt/Zimmermann/Schmidt, 6. Aufl. 2025, JVEG § 3 Rn. 2)

„Dabei sollte jedoch beachtet werden, dass auch bei guten wirtschaftlichen Verhältnissen ein Fahrtkostenvorschuss zu gewähren ist, wenn hohe Fahrtkosten entstehen, da „erheblich“ nicht nur die subjektiven Verhältnisse meint, sondern auch die tatsächliche Höhe der Kosten, wobei hier von erheblichen Fahrtkosten auszugehen ist, wenn diese einen Betrag von 200 bis 250 EUR übersteigen.“ (Schneider JVEG/Schneider, 5. Aufl. 2025, JVEG § 3, Rn. 26)

„Soweit eine Übernachtung notwendig wird, ist ein Vorschuss auch auf die unbedingt notwendigen Übernachtungskosten“ zu gewähren. (Schneider JVEG/Schneider, 5. Aufl. 2025, JVEG § 3, Rn. 31)

Die hier konkret entstehenden Fahrtkosten von 875,00 Euro übersteigen die von der Kommentarliteratur einhellig angesetzte Erheblichkeitsschwelle von 200 bis 250 Euro mehr als dreifach. Hinzu kommen notwendige Übernachtungskosten, die das Gericht selbst dem Grunde nach als erstattungsfähig anerkannt hat (bis zu 80,00 Euro pro Nacht für zwei Nächte, also bis zu 160,00 Euro). Allein die Fahrtkosten und die anerkannten Übernachtungskosten zusammen belaufen sich auf mindestens 1.035,00 Euro – ein Betrag, der auch bei überdurchschnittlichen Einkommensverhältnissen objektiv erheblich ist. Die Erheblichkeitsschwelle ist damit bezüglich beider Kostenarten – Fahrtkosten und Übernachtungskosten – eindeutig überschritten.

3. Bedürftigkeit ist keine Tatbestandsvoraussetzung des § 3 JVEG – die ablehnende Entscheidung war rechtsfehlerhaft

Das Gericht hat den Vorschussantrag der Zeugin mit der Begründung abgelehnt, eine Bedürftigkeit sei nicht dargelegt, da die Zeugin ein Tageseinkommen von 176,00 Euro netto erziele. Diese Begründung ist mit dem Wortlaut und dem systematischen Regelungsgehalt des § 3 JVEG nicht vereinbar. § 3 JVEG stellt – anders als etwa § 114 ZPO beim Prozesskostenhilfverfahren – gerade keine

Bedürftigkeit des Antragstellers als Anspruchsvoraussetzung auf. Das Gesetz fordert lediglich erhebliche (voraussichtliche) Fahrt- oder sonstige Kosten. Auch BeckOK KostR/Bleutge, 51. Ed. 1.12.2025, JVEG § 3 Rn. 1, stellt klar, dass eine Beurteilung der Erheblichkeit nach den objektiven Verhältnissen vorzunehmen ist. Ebenso betont Schneider JVEG/Schneider, 5. Aufl. 2025, JVEG § 3, Rn. 26, dass der Vorschuss „auch bei guten wirtschaftlichen Verhältnissen“ zu gewähren ist, wenn die tatsächliche Höhe der Kosten 200 bis 250 Euro übersteigt. Soweit das Nettotageeinkommen der Zeugin überhaupt für die Erheblichkeitsbeurteilung relevant ist, kann die alleinige Betrachtung des Bruttoeinkommens ohne Rücksicht auf laufende Ausgaben und feste Verbindlichkeiten – wie die Zeugin zu Recht hervorhebt – nicht maßgebend sein. Die Zeugin hat glaubhaft dargelegt, dass sie die erheblichen Reisekosten nicht vorfinanzieren kann, was angesichts der erheblichen Kosten auch der Vorschusspflicht nach § 3 JVEG entspricht.

4. Ermessensreduzierung auf Null: Anreise aus dem Ausland über mehr als 1.000 km

Selbst wenn man entgegen dem eindeutigen Wortlaut des § 3 JVEG einen gewissen Beurteilungsspielraum für das Gericht bei der Erheblichkeitsbeurteilung annähme, wäre dieser im vorliegenden Fall auf Null reduziert. Denn die für die Erheblichkeit heranzuziehenden Kriterien – namentlich die enorme Entfernung des Aufenthaltsorts vom Terminsort (über 1.000 km einfache Strecke mit dem PKW aus Spanien), die Notwendigkeit mehrtägiger Abwesenheit, die erhebliche finanzielle Vorleistung, die erforderliche Reiseplanung über Ländergrenzen sowie die familiäre Situation der Zeugin mit Ehemann und zwei kleinen Kindern, die zusätzliche organisatorische Maßnahmen erfordert – sprechen sämtlich und eindeutig für die Erheblichkeit und damit für die Pflicht zur Vorschussgewährung. Alle relevanten Kriterien, die BeckOK KostR/Bleutge, aaO, namentlich „die Entfernung der Reise zwischen Aufenthalts- und Terminsort und die Dauer der Abwesenheit von Zuhause“ nennt, sind hier in maximaler Ausprägung erfüllt.

5. Familiäre Situation der Zeugin ist bei der Erheblichkeitsbeurteilung zu berücksichtigen

Die Zeugin hat nachvollziehbar und detailliert dargelegt, dass ihr vollzeitberufstätiger Ehemann kurzfristig seine Arbeitszeiten ändern müsste, um die Betreuung der gemeinsamen kleinen Kinder sicherzustellen. Diese familiäre Situation verstärkt die Erheblichkeit der mit dem Termin verbundenen Belastung für die Zeugin und ihre Familie erheblich. Die Zeugin erfüllt ihre Zeugenpflichten gesetzestreu und hat ausdrücklich ihre Bereitschaft zur persönlichen Erscheinung und zur Aussage bekundet. Es ist der Zeugin jedoch nicht zumutbar, zusätzlich zur erheblichen zeitlichen und organisatorischen Belastung auch eine substantielle finanzielle Vorlage zu erbringen, deren Rückerstattung sie erst nach dem Termin erwarten kann.

III. Interesse des Klägers: Wahrheitsfindung, Gewährleistung des rechtlichen Gehörs und effektiver Justizgewährleistungsanspruch

Als Partei des Rechtsstreits hat der Kläger ein legitimes Interesse an der Vorschussgewährung. Die Zeugin Berger ist eine zentrale Zeugin im Rechtsstreit. Sie hat die streitgegenständlichen Bitcoins an den Beklagten übertragen und kann dies aus eigener Wahrnehmung bestätigen. Ihre Aussage vor Gericht ist für die Wahrheitsfindung und die abschließende Beurteilung des Sachverhalts von wesentlicher Bedeutung. Die Zeugin hat in ihrem Schreiben vom 17. Januar 2026 ausdrücklich bestätigt, dass sie den Transfer von Bitcoins an den Beklagten Vogt vorgenommen und dazu mehrfach und auch polizeilich ausgesagt hat und dazu weitere Beweismittel vorliegen; außerdem hat sie den behaupteten Treuhandvertrag zwischen Berger und Alvarez als ihr gänzlich unbekannt bezeichnet, was für den Kläger überaus relevant ist, da der Beklagte seine Verteidigung im Wesentlichen auf den

widerlegten, da fingierten Treuhandvertrag stützt.

Die Verweigerung des Vorschusses gefährdet die Teilnahme der aussagebereiten Zeugin am Termin und damit die Durchsetzung des Rechts auf effektiven Rechtsschutz des Klägers aus Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 3 GG (**Justizgewährleistungsanspruch**). Das Recht auf effektiven Rechtsschutz und auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG) des Klägers wäre verletzt, wenn eine aussagebereite, entscheidungserhebliche Zeugin allein infolge rechtswidriger Verweigerung des gesetzlich vorgesehenen Vorschusses nicht erscheinen kann. Das Gericht ist nach § 3 JVEG gerade deshalb verpflichtet, den Vorschuss zu gewähren, damit Zeugen ihrer Ladung tatsächlich Folge leisten können, ohne mit erheblichen Kosten in Vorleistung treten zu müssen. Die Vorschussregelung des § 3 JVEG dient mittelbar auch dem Grundsatz der Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme (§ 355 ZPO) und dem Anspruch der Parteien auf vollständige Sachverhaltsaufklärung. Es wäre mithin ein erheblicher Verfahrensfehler des Gerichtes, der das Recht des Klägers auf rechtliches Gehör in entscheidungserheblicher Weise verletzen würde, wenn das Gericht den Vorschuss für die Fahrtkosten und die Übernachtung nicht gewährt; was der Kläger ggf. auch im Rahmen einer Anhörungsrüge sofort geltend machen würde.

IV. Ergebnis und Zusammenfassung

Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 3 JVEG für eine Vorschussgewährung sind im vorliegenden Fall sämtlich erfüllt. Die Zeugin hat einen Antrag gestellt. Ihr entstehen nach gerichtlicher Bestätigung dem Grunde nach erstattungsfähige Fahrtkosten von 875,00 Euro sowie Übernachtungskosten. Diese Kosten sind mit 875,00 Euro (Fahrtkosten) zzgl. bis zu 160,00 Euro (Übernachtungskosten) in einer Gesamthöhe von mindestens 1.035,00 Euro objektiv erheblich i.S.d. § 3 JVEG und übersteigen die in Rechtsprechung und Literatur anerkannte Erheblichkeitsschwelle von 250,00 Euro mehr als dreifach. Die Bedürftigkeit der Zeugin ist insoweit keine Tatbestandsvoraussetzung des § 3 JVEG. Das Ermessen, wenn überhaupt vorhanden, des Gerichtes, ist auf null reduziert wegen der großen Entfernung, hohen Kosten und der Auslandsberührung. Die ablehnende Entscheidung des Gerichtes der Gebührenanweisungsstelle, die allein auf die Bedürftigkeit abgestellt hat, war demnach rechtsfehlerhaft und verletzt die Zeugin Berger und auch den Kläger in ihren Rechten.

Wir bitten daher das Gericht, dem Vorschussantrag der Zeugin Berger zumindest hinsichtlich der Fahrtkosten (875,00 Euro) und der Übernachtungskosten (bis zu 160,00 Euro gemäß der gerichtlicherseits bestätigten Obergrenze von 80,00 Euro pro Nacht) stattzugeben, hilfsweise die Sache der Gebührenanweisungsstelle/den Kostenbeamten zur erneuten Entscheidung unter Berücksichtigung der vorstehenden rechtlichen Ausführungen vorzulegen. Die Zeugin hat in beiden Schreiben ausdrücklich erklärt und glaubhaft gemacht, ohne vorherige Kostendeckung nicht erscheinen zu können.

Im Hinblick auf den nunmehr auf den 24. März 2026 verlegten Termin sollte der Zeugin der Vorschuss rechtzeitig – also sofort! - gewährt werden, damit sie ihre Anreise planen und den Termin wahrnehmen kann. Eine Vorschussgewährung ist damit zugleich die notwendige Voraussetzung für die Durchführbarkeit der Beweisaufnahme mit der Zeugin Berger am neuen Terminstag. Es wird gebeten, die Zeugin von jeder Entscheidung und Termin-Festlegung/Zeugenladung vorab auch per E-Mail (**die E-Mail-Adresse der Zeugin liegt dem Gericht vor**) sofort zu unterrichten, nicht nur per eingeschriebenen Brief, im Sinne des Beschleunigungsgrundsatzes und um die Zeugenbefragung effektiv zu ermöglichen.

Wir bitten, alle Zustellungen per besonderem elektronischen Anwaltspostfach (beA) nur an den bevollmächtigten Rechtsanwalt Gottfried Weißgerber (80538 München) vorzunehmen, dessen

SAFE-ID lautet: DE.BRAK.b371cde8-1a03-4b97-b4f1-d28a8c3fce3b.e942

Rechtsanwalt
Gottfried Weißgerber
Weißgerber & Klingsporn Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Geschäftsführung: Siegfried Klingsporn . Dr. Hildegard Dornbusch . Dr. Ehrentraud Wackenroder, LL.M. Eur. . Friedhelm Rothenbach, LL.M. . Dr.
Willibald Greiffenberg . Kunigunde Eisenhart
Amtsgericht München . HRB 250258 . USt-IdNr. DE32 5596 802
Bankverbindung: Münchner Bank eG . IBAN DE91 7019 0000 0102 7085 15 . BIC GENODEF1M01